

K2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 2. Stadt der Möglichkeiten

2 2.1. Unsere Großprojekte sind die Kleinen

3 Familie – Betreuung/Kita – Vereinbarkeit – Sport

4 Die Kleinsten liegen uns besonders am Herzen. Wir wollen den Kindern Berlins eine Welt
5 voller Möglichkeiten eröffnen. Das gelingt aber nur, wenn wir die Situation von Familien
6 insgesamt betrachten. Für uns ist Familie da, wo Menschen dauerhaft und über Generationen
7 hinweg füreinander Verantwortung übernehmen.

8 Es gibt unzählige Angebote und Hilfen, auf die Familien zurückgreifen können. Leider
9 verhindert der Behördendschunzel, dass sie auch in Anspruch genommen werden. Gerade Familien
10 leiden unter dem schlechten Service und der kaputtgesparten sozialen Infrastruktur. Wir
11 wollen das ändern. Durch mehr qualifiziertes Personal in den Jugendämtern und ein einfaches
12 Lotsensystem. In den Jugendämtern der Bezirke wollen wir „Familien-Service-Büros“
13 etablieren. Ob Elterngeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass oder Förderangebote – unser Ziel für
14 die Familien-Service-Büros heißt: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten! Häufig ist es
15 der Austausch mit anderen jungen Familien, der weiterhilft. Darum wollen wir ein Netzwerk
16 von Familienzentren schaffen, die Familien verbinden und beraten. Wir wollen auch das
17 Regenbogenfamilienzentrum erhalten und das Netzwerk Kinderschutz finanziell stärken.

18 Kitas und Kindertagespflege können Kindern Chancen eröffnen, wenn wir sie als Lern- und
19 Bildungsorte verstehen. Höchste Priorität hat für uns die Qualität der Betreuung. Wir
20 unterstützen deshalb die Forderungen der Eltern im Berliner Kitabündnis nach einem besseren
21 Betreuungsschlüssel, damit eine Fachkraft nicht mehr als vier Kinder betreuen muss. Und wir
22 streiten für eine bessere Entlohnung der Erzieher*innen. Gleichzeitig braucht Berlin in den
23 nächsten Jahren mehr als 20.000 zusätzliche Kita-Plätze, um den gesetzlichen Rechtsanspruch
24 zu erfüllen. Diesen Kraftakt wollen wir mit Landes- und Bundesmitteln schaffen. Uns ist
25 wichtig, dass auch für Flüchtlingskinder ausreichend Plätze geschaffen werden, damit
26 Integration frühzeitig gelingen kann.

27 Einige Familien brauchen flexible Betreuung über die Kita-Öffnungszeiten hinaus, seien es
28 Alleinerziehende oder Eltern im Schichtdienst. Wir wollen daher die ergänzende
29 Kindertagespflege ausbauen und einen Bring- und Abholservice einrichten. Über ein
30 Gutscheinsystem sollen alle Familien davon profitieren, unabhängig vom Geldbeutel. Chancen
31 eröffnet man Kindern, indem man ihnen etwas zutraut. Wir wollen, dass die Stimmen von
32 Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft gehört werden. Darum wollen wir die
33 Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken finanziell besser ausstatten.

34 Auch beim Sport lernen Kinder Selbstvertrauen und Teamgeist. Die Förderung des Vereins- und
35 des Breitensports ist für uns ein wichtiges Instrument, um Kindern und Jugendlichen Chancen
36 im Leben zu eröffnen. Sport braucht Platz! Dafür werden wir sorgen.

37 2.2. Schule fürs Leben

38 Schule – Jugend

39 Wir verstehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte
40 erweitern. Schule bereitet Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vor und
41 hilft ihnen, ihre Potenziale zu entfalten. Alle Kinder können und wollen lernen.
42 Chancengleichheit entsteht, wenn Lernen mit Zutrauen und einem lernfreundlichen Klima
43 verbunden ist.

44 Für all das müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Unterrichtsausfall,
45 Lehrkräftemangel, marode Schulen, immer mehr Schüler*innen – seit Jahren sind die Baustellen
46 bekannt. Der Senat schiebt die Probleme auf die lange Bank. Wir packen sie an. Schulen
47 sollten Orte sein, wo Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Doch viele Schulen sind in
48 einem miserablen baulichen Zustand. Den Schulneubau hat die Große Koalition fatal
49 vernachlässigt. Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte
50 Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln. Außerdem wollen wir ein Programm für den
51 Neubau von Schulen auflegen.

52 Schule braucht ausreichend Platz. Das ist auch eine der Voraussetzungen auf dem Weg zur
53 Ganztagschule. In jeder Schule, egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium, soll es
54 ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region geben und am Nachmittag
55 Musik, Sport oder soziales Engagement. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische
56 Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert
57 werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die
58 entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen.

59 Längeres gemeinsames Lernen sorgt für mehr Gerechtigkeit und kann die Zahl der
60 Schulabbrecher*innen verringern. Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen zu legen, war
61 daher richtig. Aber wenn die Sekundarschule neben dem Gymnasium nicht zu einer Schule
62 zweiter Klasse werden soll, müssen wir allen Sekundarschulen den Weg zum Abitur ebnen – mit
63 einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbänden. Die Gymnasien wollen wir in die
64 Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen, um das Probejahr
65 und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu
66 schaffen. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg
67 gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass
68 die Schule der Zukunft die inklusive Schule ist, in der alle Kinder und Jugendliche
69 unabhängig von ihren physischen und psychischen Voraussetzungen gemeinsam lernen. Das geht
70 nur mit genügend Geld und qualifiziertem Personal.

71 Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag.
72 Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die
73 Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit.
74 Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung
75 nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in
76 Aussicht. Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen
77 und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen
78 für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die
79 Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle
80 Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung
81 darf an Berlins Schulen kein Platz sein.

82 2.3. Wissen ist mehr wert

83 Übergang Schule-Beruf – Ausbildung/Weiterbildung – Hochschule/Wissenschaft – Forschung
84 Jede*r Berliner*in hat einen ganz eigenen Lebensweg. Darum wollen wir die Bildungswege so
85 flexibel machen, dass sich in jeder Lebenslage neue Bildungschancen und Möglichkeiten
86 auftun. Berlin braucht ein transparentes System, in dem Abschlüsse leichter anerkannt und

87 Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit Universitäten, Hochschulen,
88 Oberstufenzentren und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um
89 Bildungsbiografien ganz individuell anzuerkennen und zu ermöglichen.

90 Die Möglichkeiten, die eine Berufsausbildung bietet, sind vielfältig. Leider kommen
91 Schulabgänger*innen und Ausbildungsplätze viel zu selten zusammen. Stellen bleiben unbesetzt
92 und Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Neue Chancen bietet eine bessere Kooperation
93 aller Beteiligten: Jobcenter, Jugendhilfe oder berufliche Schulen. In einigen Bezirken haben
94 wir gute Erfahrungen mit Jugendberufsagenturen gemacht, die alle wichtigen Stellen
95 zusammenbringen. Der nächste Schritt sind Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Ziel der
96 Vernetzung ist die „Berliner Ausbildungsgarantie“. Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss.
97 Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um
98 ein „Entweder oder“ gehen, sondern um das „Sowohl als auch“.

99 Berlin ist die deutsche Hauptstadt der Wissenschaft und die forschungstärkste Region in
100 Deutschland. Die vielfältige Hochschullandschaft werden wir weiter stärken. Angesichts der
101 steigenden Zahl junger Menschen, die nach Berlin kommen, wollen wir die Zahl der
102 ausfinanzierten Studienplätze erhöhen. Dazu gehört auch eine bessere Ausstattung der
103 Studierendenwerke. Die Möglichkeit zum Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern
104 abhängen. Studiengebühren oder Studienkonten lehnen wir deshalb grundsätzlich ab. Wir
105 brauchen jeden Kopf: 160.000 Studierende sind für uns eine 160.000-fache Investitionen in
106 die Zukunft der Stadt, gerade wenn wir es schaffen, die Absolvent*innen mit guten
107 Jobangeboten in Berlin zu halten.

108 Die Anforderungen an Universitäten und Hochschulen wachsen damit weiter. Entsprechend muss
109 sich ihre Finanzierung verbessern. Das wollen wir schon beim Abschluss der nächsten
110 Hochschulverträge angehen. Außerdem muss der enorme Investitionsstau bei den Gebäuden
111 aufgelöst werden.

112 Gute Lehre und gute Forschung an den Berliner Hochschulen und Universitäten ist nur möglich,
113 wenn wir auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht
114 eine langfristige berufliche Perspektive mit angemessener Bezahlung, sicheren
115 Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Dazu werden wir mehr unbefristete
116 Stellen im Mittelbau schaffen.

117 Um selbst gute Forschungsergebnisse zu erzielen, sind Wissenschaftler*innen darauf
118 angewiesen, Zugang zu den Ergebnissen anderer zu erhalten. Offener Austausch schafft neue
119 Möglichkeiten. Darum wollen wir alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten
120 Forschungsprojekten auch öffentlich zugänglich machen („Open Access“). Wir setzen uns weiter
121 für Zivilklauseln und gegen öffentlich geförderte militärische Forschung ein.

122 2.4. Anders Wirtschaften und gute Arbeit

123 Wirtschaft/Innovation – solidarische Ökonomie – Arbeitsmarkt/Beschäftigung

124 Exzellente Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die besten Investitionen in die Zukunft
125 Berlins und Voraussetzung für die Wirtschaftskraft unserer Stadt. Berlin hat so viele gut
126 ausgebildete, kreative Menschen; sie alle machen die Stadt zu einem Motor für Innovationen
127 und zum Labor der Zukunft. Das wollen wir durch eine Politik des Weitblicks fördern, die
128 insbesondere grüne Technologien, einen klimafreundlichen Energiemix, nachhaltige
129 Ressourcennutzung und innovative Mobilitätskonzepte voranbringt. Dabei wollen wir das
130 Potenzial etablierter Unternehmen ebenso nutzen wie die Innovationskraft von Startups,
131 Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet
132 und grün wächst.

133 Berlin ist die Hauptstadt der Gründer*innen. Sie bringen frische Impulse in die
134 Unternehmenslandschaft. Neben persönlichen Erfolgen, geht es den meisten auch darum, die
135 Gesellschaft zu verändern. Wir wollen diesen neuen Gründungsgeist unterstützen und Menschen
136 ermutigen, sich selbstständig zu machen oder ein eigenes Unternehmen aufzubauen. Wir werden
137 daher Förderprogramme so ausgestalten, dass innovative Unternehmensgründungen gezielt
138 unterstützt werden, auch im Sinne einer „Kultur des Scheiterns“. In der Verbindung von
139 Klima- und Wirtschaftspolitik liegt Berlins große Chance: in einer konsequente Energiewende,
140 neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der
141 grüne Weg führt hin zum „Teilen und Wiederverwenden“ und weg vom „Nutzen und Wegwerfen“.
142 Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an
143 Rohstoffen, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Wir werden die ökologische Modernisierung mit
144 Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur sowie in neue Technologien unterstützen.
145 Nicht nur für die wachsende Internetwirtschaft Berlins ist ein offenes und freies Internet
146 wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist überfällig: für die „Industrie 4.0“, vernetzte
147 Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. Den Mittelstand
148 werden wir beim Umgang mit dem digitalen Wandel unterstützen.

149 Die Gemeinwohlökonomie, die nicht auf Bilanzgewinne sondern auf nachhaltige Wertschöpfung
150 baut, ist bereits heute ein wichtiger Bestandteil der Berliner Wirtschaft – mit Luft nach
151 oben. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Förderung von Genossenschaften zu. Gerade für ihre
152 Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen
153 gemeinwohlorientierter Banken nutzen und diese Lücke schließen. Ein weiteres Pfund, mit dem
154 Berlin wuchern kann sind die vielen Betriebe, die Berliner*innen mit Migrationshintergrund
155 führen. Sie machen mittlerweile rund 20 Prozent aller Unternehmen dieser Stadt aus. Ihnen
156 den Zugang zu den bestehenden Fördermöglichkeiten zu erleichtern, ist uns wichtig. Gerade
157 für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten
158 zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der
159 Einführung eines Gewerbemietspiegels und einer Mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit
160 und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch
161 sonntags.

162 Der Berliner Arbeitsmarkt wird auch von Unsicherheit und drohender Prekarisierung geprägt.
163 Viele Berliner*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert,
164 dass sie zurück in reguläre Arbeit kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den
165 Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen
166 auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Unser Ziel ist eine
167 Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für
168 alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue
169 Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Die öffentliche Hand werden wir
170 zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr
171 geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert
172 wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.

173 Mit den Gewerkschaften, Kammern und Wirtschaftsverbänden werden wir den intensiven Austausch
174 fortsetzen. Die Attraktivität der Berufe und Ausbildungsplätze im Handwerk wollen wir
175 erhalten und damit das Handwerk stärken. Die gemeinsam mit Brandenburg aufgebauten
176 Wirtschaftscluster, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Mobilität, wollen wir
177 ausbauen und die Berliner Wirtschaft weiter mit dem Umland vernetzen. Berlin kann in den
178 folgenden Jahren zur Pionierin neuen Wirtschaftens und guter Arbeit werden und so „Made in
179 Berlin“ weltweit zum Markenzeichen ausbauen. Dafür stehen die Innovationszentren der Stadt:
180 Der Clean Tech Park in Marzahn Hellersdorf, die Innovationsschmiede Adlershof oder der
181 geplante Zukunftspark Tegel

182 2.5. Selbstbestimmt! Im Alter und in allen Lebenslagen

183 Demografischer Wandel – Pflege – Menschen mit Behinderung

184 Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt ihre Möglichkeiten nutzen können und ihre
185 Potenziale voll zur Geltung kommen. Das gilt gerade für ältere Menschen oder Menschen mit
186 Behinderung. Es geht um Teilhabe, von der letztlich alle etwas haben.

187 Wir wollen die Chancen des demographischen Wandels nutzen. Um die Solidarität zwischen den
188 Generationen zu fördern, stärken wir Orte der Begegnung wie die Stadtteilzentren und achten
189 bei der Stadtplanung darauf, dass generationenübergreifendes und barrierefreies Wohnen sich
190 stärker durchsetzen. Gerade gute Pflege wird in einer alternden Gesellschaft immer
191 zentraler. Uns ist wichtig, dass ältere Menschen weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen
192 können. Gleichzeitig wollen wir Angehörige unterstützen und entlasten. Wir werden die
193 verschiedensten Möglichkeiten erweitern, die sich im Pflegefall bieten: Um die Pflege zu
194 Hause einfacher zu machen, wollen wir Mobilitätshilfedienste ausbauen. Viele ältere Menschen
195 setzen heute auf Pflege-WGs, bislang mangelt es jedoch an Qualitätsstandards und Kontrollen.
196 Das wollen wir ändern und Transparenz für die älteren Menschen und ihre Angehörigen
197 schaffen. Für gute Qualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr
198 und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung
199 reformieren und das Schulgeld abschaffen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir
200 ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit
201 Migrationshintergrund stark ansteigt. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen
202 Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin
203 verhindern.

204 Menschen mit Behinderung dürfen nicht länger ihrer Chancen und Möglichkeiten im Leben
205 beraubt werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist unsere Richtschnur, leider wird sie
206 in Berlin kaum umgesetzt. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am
207 öffentlichen Leben teilhaben können, beispielsweise, dass nicht nur acht, sondern alle 34
208 Schwimmbäder das Siegel „Berlin barrierefrei“ erhalten. Wir wollen einen Umbauplan für
209 Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Verkehr. Menschen mit
210 Behinderung müssen auch bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Den
211 öffentlichen Dienst wollen wir hier zum Vorbild machen. Unser Leitgedanke: Inklusion in
212 allen Bereichen des öffentlichen Lebens.